

gründlich vergällt. Die SPD hat jetzt keinen Grund, in den gleichen Fehler zu verfallen; schon deswegen nicht, weil auch sie an die Republikaner verliert.

Drittens: Es fällt auf, daß die Grüne *Antje Vollmer* und die Republikaner-Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung von Ende Juni in einem Punkt aus sich überschneidenden Perspektiven faktisch zum selben Ergebnis kommen, nämlich „daß unter den Bedingungen des Verhältniswahlrechts die Existenz einer Rechtspartei ... der *Normalfall* (ist)“ und daß die hohe Konzentration der Wählerschaft auf zwei Volksparteien nur aus den besonderen Verhältnissen der bundesdeutschen Nachkriegszeit zu erklären ist, die inzwischen zu Ende geht. Der zitierte „Normalfall“ gilt für rechts wie für links. Das kann aber nur heißen, daß sich die Volksparteien insgesamt auf ein verändertes Parteiensystem mit niedrigerem eigenem Niveau an Wähleranteilen einzurichten haben. Je rascher sie das einsehen, um so eher wird es ihnen – auf diesem niedrigeren Niveau – gelingen, ihre eigene Stabilität auf Dauer zu sichern. se

## Dilemma

### *EKD-Stellungnahme zu Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung*

Welchen Sinn hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine kirchliche Positionsbestimmung zu friedensethischen Problemen? Diese Frage drängt sich angesichts der von der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD ausgearbeiteten und Anfang Juli vom Rat der EKD gebilligten Stellungnahme „Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung? Anmerkungen zur Situation des Christen im Atomzeitalter“ fast unwillkürlich auf. Schließlich ist die *kirchliche Friedensdiskussion* schon seit

Jahren *ausgereizt*: Sie hat einen breiten, gut fundierten *Konsens* darüber erbracht, daß Christen für die Überwindung des gegenwärtigen Abschreckungssystems und für eine nicht auf der gegenseitigen Vernichtungsdrohung beruhende Friedensordnung eintreten müssen. Gleichzeitig konnte sie aber *keine Einigung* darüber erreichen, ob Christen das System der Abschreckung für eine Übergangszeit noch tolerieren können und ob nicht die Kriegsdienstverweigerung die vom Evangelium her angemessenere Option darstellt. Die Erklärung des Stuttgarter ACK-Forums vom vergangenen Herbst (vgl. HK, Dezember 1988, 552 ff.) hat Konsens wie Dissens nochmals deutlich formuliert.

Daß sich die EKD-Kammer trotzdem zu einer weiteren Stellungnahme genötigt sah, hat wohl vor allem mit den anhaltenden Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen zu tun. In jüngerer Zeit, so der Text, sei innerhalb der EKD mehrfach die Auffassung vertreten worden, die Kriegsdienstverweigerung sei gegenüber dem Wehrdienst als das „deutlichere Zeugnis“ oder „deutlichere Zeichen“ eines Christen anzusehen. An diesem Punkt bezieht der Text mit der wünschenswerten Klarheit Stellung: „Welche Entscheidung der Christ auch fällt, ob für den Weg des Soldaten oder für den Weg des Kriegsdienstverweigerers, es darf nicht sein, daß der eine für sich eine höhere Qualität von Christsein in Anspruch nimmt oder gar dem anderen das Christsein abspricht, weil er eine andere Position vertritt.“ Im Dilemma der gegenwärtigen historischen Situation zwischen dem Ziel der Gewaltfreiheit und der Schutzbedürftigkeit von Recht und Frieden gegen Gewalt sei die Kirche nicht in der Lage, einem der angebotenen Wege zur Erhaltung des Friedens und zum Schutz des Lebens des Nächsten den Vorzug zu geben.

Vermutlich wird keine der beiden betroffenen Seiten mit der Stellungnahme der EKD-Kammer zufrieden sein: diejenigen nicht, die nach wie vor ein klares Votum der Kirche zugunsten der Kriegsdienstverweigerung einfordern, aber auch nicht diejeni-

gen, die sich angesichts mancher überzogener Angriffe auf die Bundeswehr gerade auch aus kirchlichen Kreisen ein deutlicheres Signal der Unterstützung und Ermutigung für die Soldaten und ihren Auftrag gewünscht hätten. Aber für beide Seiten kann der Text mit seiner ehrlichen Beschreibung des friedensethischen Dilemmas und seinem Hinweis auf die unumgängliche Gewissensentscheidung jedes einzelnen, sei er Wehrdienstleistender oder Kriegsdienstverweigerer, hilfreich sein. Er kann auch für das gerade unter dem Dach der Kirche mögliche Gespräch zwischen den beiden Gruppen bzw. Optionen gute Dienste leisten.

Erst zum Schluß kommt die Stellungnahme auf „Friedenspolitik in der heutigen Welt“ zu sprechen. Welche Entscheidungen Christen heute nach gewissenhafter Prüfung treffen könnten, hänge nicht zuletzt davon ab, welche Entscheidungen sich die Träger eines politischen Mandats heute zutrauten. Damit macht der Text auf eine wichtige Aufgabe kirchlicher Friedensethik in der gegenwärtigen Situation aufmerksam: Nachdem die Grundpositionen der kirchlichen Haltung zu Krieg und Frieden im Atomzeitalter durchdiskutiert und weithin auch geklärt sind, käme es in einem weiteren Schritt darauf an, unter Berücksichtigung der neuen Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis und der gegenwärtigen Veränderungen in Osteuropa diese Positionen produktiv fortzuschreiben.

Kirchliche Friedensethik sollte es nicht bei der weiterhin notwendigen Wiederholung der biblischen Friedensbotschaft und der abstrakten Beschreibung ethischer Dilemmata angesichts der angehäuften Waffenarsenale belassen, sondern den politischen Prozeß aufmerksam begleiten. In der Stellungnahme der EKD heißt es: „Der Friede in der Welt, für den zu arbeiten uns der von Gott geschenkte Frieden befähigt, verlangt von uns eine Analyse und Bewertung der Weltverhältnisse und stellt die Handelnden in den historischen Zusammenhang ihrer Generation.“ Dies ist eine Perspektive, an der weitergearbeitet werden sollte. 174